

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK  
HESSEN-NORD

SPD



FOTO: BÜRO GREMMELS

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Konstituierungen der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräte in Folge der Kommunalwahlen im März sind weitestgehend abgeschlossen. Die SPD hat gut verhandelt und bleibt vielerorts in Nordhessen die tonangebende Kraft; mal in Koalitionen, mal in Kooperationen und mal mit wechselnden Mehrheiten. Wir stellen die meisten kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und wollen in den nächsten fünf Jahren die Kommunalpolitik in unserer Region zusammen mit den Menschen gestalten.

Wie heißt es in Anlegung an den Fußball so schön: Nach der Wahl ist vor der Wahl! In fünf Monaten, am 26. September, sind die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag. Wir treten in Nordhessen mit einer starken erfahrenen Gruppe an. Für uns kandidieren in den Wahlkreisen: Esther Dilcher (Waldeck), Birgit Kömpel (Fulda), Michael Roth (Werra-Meißner-Hersfeld-Rotenburg), Sören Bartol (Marburg), Edgar Franke (Schwalm-Eder) und ich, Timon Gremmels (Kassel).

Mit einem modernen, zukunftsgerichteten und ideenreichen Wahlprogramm sowie unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz ziehen wir in einen der spannendsten und offensten Bundestagswahlkämpfe seit Bestehen der Bundesrepublik. Es wird darum gehen, welche Partei die besten Rezepte hat, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen und welche Lehren wir aus der Krise für die Zukunft unseres Sozialstaates ziehen. Darüber hinaus wird es um die Bewältigung der Klima-Krise gehen. Hier ist es ureigenste Aufgabe der Sozialdemokratie sicherzustellen, dass mittlere und untere Einkommen nicht die Kosten des Klimaschutzes tragen dürfen. Nicht zuletzt spielt das Thema Respekt eine wichtige Rolle. Der Umgang miteinander und die Frage, wie wir Konflikte in unserer Gesellschaft austragen und mit unterschiedlichen Meinungen umgehen, hat sich – auch unter Einfluss der sozialen Medien – stark verändert. Hier braucht es eine Kraft, die zusammenführt.

Ich bin mir sicher: Wir können in den nächsten Wochen und Monaten unsere Familien, Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen sowie Nachbarinnen und Nachbarn davon überzeugen, dass das nur die SPD kann. Unser vorrangiges Ziel ist es – wie vor vier Jahren auch – fünf der sechs nordhessischen Bundestagsmandate direkt zu gewinnen. Das gelingt aber nur mit Eurer Unterstützung! ■

Euer

## ZUKUNFT. RESPEKT. EUROPA.

Reihung auf der Landesliste verabschiedet

**M**it durchweg hervorragenden Ergebnissen haben die Sozialdemokraten in den Bundestagswahlkreisen des SPD-Bezirks Hessen-Nord ihre Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Bundestagswahl im September nominiert. Unter dem Motto „Zukunft. Respekt. Europa.“ zieht die SPD in den sechs Wahlkreisen in den Wahlkampf.

In großer Einmütigkeit wurde nun von Bezirksvorstand und Bezirksausschuss die Reihung der nordhessischen Wahlkreisbewerber und -bewerberinnen auf der Landesliste beschlossen.

SPD-Bezirksvorsitzender Timon Gremmels betonte: „Die in beiden Gremien beschlossene Reihung der nordhessischen Kandidatinnen und Kandidaten auf jeweils getrennten Frauen- und Männerlisten trägt den zahlreichen in der Partei verabredeten Kriterien zur Listenaufstellung Rechnung.“ Dazu gehöre die Dauer

der zum Deutschen Bundestag, aber auch das Ziel, die Wahlkreise abzusichern. Daneben spielte auch der Wunsch, jungen Menschen eine Chance zu eröffnen, eine Rolle.

Der Vorschlag der Männer werde angeführt vom Staatsminister für Europa Michael Roth. Ihm folgen der Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Sören Bartol, der Opferbeauftragte des Bundes Dr. Edgar Franke, und der Bezirksvorsitzende Timon Gremmels.

Auf den ersten Plätzen der Frauenliste stehen die Wahlkreis kandidatinnen Esther Dilcher und Birgit Kömpel, gefolgt von Sophie Frühwald, Juso-Landesvorsitzende und der ASG-Bezirksvorsitzenden Monika Vaupel.

Mit diesen Reihungen wird der Bezirksvorstand in die Beratungen auf Landesebene zur Erarbeitung eines Vorschlags für eine gesamthessische Landesliste der SPD zur Bundestagswahl 2021 gehen. ■



Der SPD-Bezirksvorsitzende Timon Gremmels legte am Tag der Erde selbst Hand an bei der Aussaat und Bepflanzung im Garten des Wilhelm-Pfannkuch-Hauses in Kassel. FOTO: JOHANNA KINDLER

## BLÜHWIESE AN KASSELER PARTEIHAUS ANGELEGT

**S**eit nun mehr als 30 Jahren ist der Tag der Erde in Kassel ein wichtiger Aktionstag, um ein Zeichen für den Klimaschutz und die Rettung unserer Erde zu setzen. Deshalb bin ich froh, dass der Tag der Erde pandemiebedingt nicht ganz abgesagt wurde, sondern in digitaler Form, am 25. April gefunden hat“, erklärte der SPD-Bezirksvorsitzende und Kasseler Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels.

„Auch der SPD-Bezirk Hessen-Nord hat in diesem Jahr einen eigenen Beitrag

zum Tag der Erde geleistet. Wir wollten einen aktiven Beitrag zur Artenvielfalt und Biodiversität leisten. Daher haben wir am Wilhelm-Pfannkuch-Haus, dem Parteihaus der nordhessischen SPD in Kassel, ein Insektenhotel errichtet, eine alte Apfelbaumsorte gepflanzt und eine insektenfreundliche Blumenwiese angelegt und darüber in unseren Social-Media-Kanälen berichtet“, so Gremmels.

Timon Gremmels stand während der Aktion für Gespräche zur Verfügung und hat auch selbst zum Spaten gegriffen. ■

## WIR STEHEN VOR DER WICHTIGSTEN BUNDESTAGSWAHL SEIT JAHRZEHNEN

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord tagte zum ersten Mal digital

**D**ie ordentliche Bezirkskonferenz der nordhessischen Jusos tagte am 17. April angesichts der Pandemielage zum ersten Mal digital. Im Mittelpunkt stand die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Bezirksvorstand, die in den nächsten drei Wochen per Briefwahl gewählt werden. Neben vielen Wechseln kandidiert der Vorsitzende der Jusos Hessen-Nord, René Petzold aus Schenklengsfeld (Landkreis Hersfeld-Rotenburg) erneut. Gegenkandidaturen gab es keine.

In seiner Bewerbungsrede sagte René Petzold: „Meine Kandidatur ist kein Selbstzweck und nichts für den Lebenslauf. Wir stehen vor der wichtigsten

Bundestagswahl seit Jahrzehnten. Ich will meine Erfahrung einbringen, um die Jusos Hessen-Nord in eine Wahl zu führen, die mit vielen Direktmandaten in Nordhessen und einem Bundeskanzler Olaf Scholz endet.“

Als Petzolds Stellvertreterin und Bundesausschussvertreterin des Bezirks kandidiert Laura Brüchle aus dem Schwalm-Eder-Kreis.

Antragsberatungen sollen im Sommer, wenn möglich in Präsenz stattfinden. Aus aktuellem Anlass wurde jedoch eine Resolution beschlossen, die die Versammlung der Jungen Alternative am 17.04.2021 in Volkmarshausen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) verurteilte. Im Antrag heißt es dazu

unter anderem: „Es ist an Absurdität nicht zu überbieten, dass die Jugendorganisation einer Partei, die sich als Rechtsstaatspartei bezeichnet, mitten in der Corona Pandemie mit steigenden Inzidenzwerten eine Präsenzveranstaltung durchführt. Die Junge Alternative widerspricht damit ihrem eigenen Anspruch der Rechtsstaatlichkeit.“

Die Delegierten führten zum Ende der Konferenz außerdem Nominierungen durch. Im Zuge dessen wurden die hessische Juso-Landesvorsitzende Sophie Frühwald aus Marburg und der Bezirksvorsitzende der Jusos Hessen-Nord René Petzold aus Schenklengsfeld für die Wahl zum Deutschen Bundestag nominiert. ■



René Petzold.

FOTO: PRIVAT

## WIE DER WEG AUS DER PANDEMIE GELINGT

Dr. Edgar Franke MdB

**A**ktuell nimmt die Politik viel Geld in die Hand, um die Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen. Mittlerweile sind 240 Milliarden Euro dafür bereitgestellt worden. Das können wir uns nur deshalb leisten, weil wir in den vergangenen Jahren auch unter Olaf Scholz solide gewirtschaftet haben.

Durch das Kurzarbeitergeld haben wir den Beschäftigten Sicherheit gegeben und den Wirtschaftseinbruch sozial abgefedert. Durch Finanzhilfen haben wir auch viele Unternehmen vor der Pleite bewahrt. Diese Schritte waren und sind entscheidend, um die Pandemie erfolgreich zu überwinden.

Wir müssen aber dafür sorgen, dass die finanziellen Lasten der Krise sozial gerecht verteilt werden. Vermögen ist in Deutschland ungleich verteilt. Diese Ungleichheit ist seit Pandemiebeginn noch größer geworden. Inzwischen besitzen 10% der reichsten Haushalte über 60% des Vermögens. Das gefährdet den

sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Deshalb brauchen wir eine gerechtere Steuerpolitik, die verhindert, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland noch größer wird. Wir wollen nicht den Arbeitnehmer bei VW oder B. Braun höher besteuern, sondern nur diejenigen, die über 250.000 Euro im Jahr verdienen.

Wir wollen vielmehr, dass sich Konzerne wie Amazon endlich angemessen an der Finanzierung unserer Schulen, Kindergärten und Straßen beteiligen. Sie erzielen auch in der Krise Milliarden Gewinne und zahlen kaum Steuern in Deutschland. Deshalb ist die Digitalsteuer wichtig. Dort, wo die Gewinne erwirtschaftet werden, müssen auch Steuern fließen.

Diese Steuereinnahmen werden uns nicht nur helfen, die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Sie sind auch der Schlüssel, um die Weichen in die Zukunft zu stellen. Entscheidend wird der Umbau

unserer Industriegesellschaft sein. Dafür brauchen wir ökologische Erneuerung und wirtschaftliche Vernunft. Das dürfen keine Gegensätze sein.

Noch so gut gemachte Digitalisierung und Umweltschutz allein helfen nichts, wenn wir dabei die Menschen nicht mitnehmen. Wir müssen Innovation für zukunftsfähige Arbeitsplätze und gute Arbeit nutzen. Denn nur wenn wir die Menschen besonders im Blick behalten, wird der Umbau unserer Gesellschaft gelingen. Nur so verbinden wir erfolgreich sozialen Ausgleich mit Ökologie und wirtschaftlicher Vernunft und Innovation.

Wir sollten auch in Hessen die zurückgehaltenen Dosen für die Zweitimpfung jetzt einsetzen, damit mehr Menschen schneller ihre erste Impfung bekommen. Im Spätsommer, wenn die meisten Menschen geimpft sind, können wir schrittweise zur Normalität zurückkehren. Wir Sozialdemokraten lassen die Menschen nicht allein! ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO DR. FRANKE

## TRANSPARENZ UND SCHÄRFERE REGELN FÜR ABGEORDNETE

Timon Gremmels MdB: Das Lobbyregister kommt

**W**er Lobbyarbeit gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung betreibt, muss sich künftig in ein verbindliches Lobbyregister eintragen. Bei Verstößen droht ein Ordnungsgeld von bis zu 50.000 Euro. Außerdem werden wir einen Verhaltenskodex einführen. Verstöße dagegen werden im Lobbyregister veröffentlicht. Lobbyisten und Lobbyistinnen, die sich nicht an die Verhaltensregeln halten, bekommen außerdem keinen Hausausweis und können nicht mehr an öffentlichen Anhörungen des Bundestages teilnehmen.

Die Maskenaffäre bei der Union muss rechtliche Konsequenzen haben, so wie

wir sie schon seit langem fordern. Es geht eben nicht nur um die Aufarbeitung von Einzelfällen. Stattdessen brauchen wir klare und verschärfte gesetzliche Regeln in drei Bereichen:

1. Ein Lobbyregister mit scharfen Sanktionen
2. Unerlässlich ist die Ausweitung von Anzeigepflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften im Abgeordnetengesetz, um für mehr Transparenz zu sorgen.
3. Strafen für Bestechung und Bestechlichkeit im Parlament müssen verschärft werden, denn das sind keine Kavaliersdelikte, sondern ist schwere Kriminalität.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Veröffentlichungspflicht für Parteispenden auf 2.000 Euro abgesenkt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, der Parteivorstand hat einen entsprechenden Beschluss gefasst, mit dem wir bei der kommenden Wahl antreten. Wir werden den Druck auf CDU und CSU weiter hochhalten. Lange Zeit stand die Union auf der Bremse, jetzt müssen der öffentlich geäußerten Empörung auch Taten folgen. Wir geben uns nicht mit internen Richtlinien und Selbstverpflichtungen zufrieden. Mehr Infos zum 10-Punkte-Plan der SPD: <https://www.spdfraktion.de/themen/zehn-punkte-plan-mehr-transparenz> ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

## VEREINFACHTE FÖRDERKRITERIEN UND HÖHERE PRÄMIEN ZUM NEUEN AUSBILDUNGSJAHR

Michael Roth MdB: Um jeden Ausbildungsplatz kämpfen

Um die Zahl der Ausbildungsverträge in der Krise zu stabilisieren, hat das Bundeskabinett die Verlängerung und Weiterentwicklung des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen – mit vereinfachten Förderkriterien und höheren Prämien zum neuen Ausbildungsjahr 2021/2022.

„Unser Signal ist ganz deutlich: Wir kämpfen um jeden Ausbildungsplatz in Deutschland! Denn die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Doch durch die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stehen derzeit viele kleine und mittlere Unternehmen unter enormem Druck und zögern vielfach noch bei der Frage, ob sie weiter Ausbildungsplätze anbieten sollen. Um die Ausbildungsbetriebe in diesen schwierigen Zeiten bestmöglich zu unterstützen, wird der bestehende Schutzschirm für Auszubildende verlängert und ausgebaut. Dafür stehen im aktuellen Bundeshaushalt rund 700 Mio. Euro bereit“, erklärte der Bundestagsabgeordnete Michael Roth.

Mit der nun beschlossenen Weiterent-

wicklung der Förderrichtlinie werden die Fördermöglichkeiten zum neuen Ausbildungsjahr ab dem 1. Juni 2021 wesentlich verbessert: Die Ausbildungsprämien werden verdoppelt von 2.000 Euro auf 4.000 Euro, wenn das Ausbildungsniveau stabil bleibt, und von 3.000 Euro auf 6.000 Euro, wenn die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wird. Verbessert wird auch der Anreiz, Auszubildende und ihre Ausbilderinnen und Ausbilder trotz Kurzarbeit im Betrieb zu halten. Zukünftig wird es nicht nur einen Zuschuss zur Ausbildungsvergütung geben, sondern auch zur Ausbildervergütung. Die Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung können künftig auch gezahlt werden, wenn der oder die Auszubildende an einem externen Lehrgang zur Prüfungsvorbereitung teilnimmt. Außerdem wird der Kreis der förderberechtigten Betriebe in erheblichem Umfang erweitert: Künftig können Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten (bisläng 249) diese Förderung in Anspruch nehmen.

Neu wird ein „Lockdown-II-Sonderzu-

schuss“ in Höhe von 1.000 Euro eingeführt, der sich an auszubildende Kleinunternehmen mit bis zu vier Beschäftigten richtet. Um zu verhindern, dass ein Ausbildungsplatz wegen einer Insolvenz verloren geht, wird auch die Übernahmepremie verbessert und auf 6.000 Euro verdoppelt. Außer im Insolvenzfall soll sie auch dann ausgezahlt werden können, wenn der Ausbildungsbetrieb den Ausbildungsvertrag gekündigt hat oder sich die Beteiligten einvernehmlich auf einen Auflösungsvertrag geeinigt haben, weil die Fortführung der Ausbildung pandemiebedingt nicht mehr möglich ist.

„Wir stellen damit die erforderlichen Weichen und sorgen für freie Fahrt. Mit den verbesserten Fördermöglichkeiten wollen wir die Ausbildungsbetriebe ermuntern, auf diesen Zug aufzuspringen. Denn klar ist auch: Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber selbst stehen in der Verantwortung, damit aus der Ausbildungskrise keine dauerhafte Fachkräftekrise wird. Eine Generation Corona darf es nicht geben“, so Roth. ■



Michael Roth MdB

FOTO: BÜRO ROTH

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de

— Anzeige —

Jetzt BTW-Kampagnenmaterial bestellen: [SHOP.SPD.DE](http://SHOP.SPD.DE)

KATRIN ZSCHAU

ALEXANDER GEIBLER

ALEXANDER GEIBLER

ALEXANDER GEIBLER

KATRIN ZSCHAU

ALEXANDER GEIBLER

ALEXANDER GEIBLER

ALEXANDER GEIBLER

Außerdem: Manual zum Kampagnendesign heruntergeladen auf [KAMPAGNE.SPD.DE](http://KAMPAGNE.SPD.DE)

Foto: Maximilian König - Herausgeber: SPD-ParteiVorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

## SPD-LANDTAGSFRAKTION FORDERT MEHR BARRIEREFREIES WOHNEN

Dr. Daniela Sommer MdL: Änderung der Hessischen Bauordnung erforderlich

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat einen Gesetzentwurf zur Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO) vorgestellt. Hintergrund sind die berechtigten Forderungen des VdK und anderer Sozialverbände nach einem verstärkten Engagement für barrierefreien Wohnraum.

Schon bei der Novelle der Hessischen Bauordnung im Jahr 2018 hatte die SPD die Änderungen kritisiert. Seinerzeit wurde die Bestimmung, wonach in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen immer mindestens die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen, ersetzt durch eine Quote von 20 Prozent barrierefreier Wohnungen. Dies führt zwar bei Gebäuden ab sechs Geschossen zu mehr barrierefreiem Wohnraum, bei allen anderen Neubauten, die unter dieser Geschosshöhe liegen, aber zu einer Verschlechterung. Das betrifft insbesondere den ländlichen Raum, wo

Wohngebäude mit sechs oder mehr Geschossen die Ausnahme sind.

Der VdK hatte daraufhin im Oktober 2019 eine Petition beim Hessischen Landtag eingereicht, in der er ein verstärktes Engagement für barrierefreien Wohnraum in Hessen forderte. Der vom Petitionsausschuss durchgeführte runde Tisch brachte eine sehr konstruktive Diskussion und anschließend wurden die Ergebnisse als Material an die Fraktionen überwiesen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich den Forderungen des VdK angeschlossen und arbeitet auf eine erneute Änderung der Hessischen Bauordnung hin.

„Die demografische Situation, aber auch die UN-Behindertenrechtskonvention, die allen Menschen ein Recht auf Teilhabe zuspricht, gebieten es, dass wir mehr barrierefreien Wohnraum schaffen, um Menschen mit Beeinträchtigungen, aber auch vielen älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die Möglichkeit

zu geben, überall eine ihren Bedürfnissen angepasste Wohnung zu finden, bzw. ihr angestammtes Wohnumfeld nicht aufgrund von Mobilitätseinschränkungen verlassen zu müssen“ sagte Dr. Daniela Sommer.

Die SPD fordert eine Verbindung der ehemaligen Regelung, dass grundsätzlich die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei sein müssen, mit der 2019 neu geschaffenen Regelung, wonach 20 Prozent aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern barrierefrei sein müssen. „Damit verbinden wir die Vorteile der früheren Regelung, die eben gerade auch bei kleineren Wohneinheiten Barrierefreiheit vorgeschrieben hat, mit der neuen Regelung, die zu mehr barrierefreiem Wohnraum bei größeren Einheiten führt. Schon heute fehlen hessenweit rund 80.000 barrierefreie Wohnungen. Diesem Mangel wollen wir mit dem erneuten Vorstoß begegnen“, so Dr. Sommer. ■



Dr. Daniela Sommer MdL

FOTO: BÜRO DR. SOMMER

## SOFORTIGE IMPFUNG VON EINSATZKRÄFTEN SOWIE AUSBILDUNGSANGEBOT FÜR FREIWILLIGE FEUERWEHREN

Karina Fissmann MdL und Knut John MdL : Retter brauchen Impfschutz

Die Feuerwehren sollen gleichbehandelt werden mit allen Rettungskräften und sofort geimpft werden. Die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln im Einsatzgeschehen ist nur schwer möglich, insbesondere, wenn es um die Hilfe und Rettung von Menschen geht“, machten die SPD-Landtagsabgeordneten Karina Fissmann und Knut John deutlich. Sie unterstützen die Forderungen der Freiwilligen Feuerwehren in Hessen nach schnelleren Impfungen gegen COVID-19.

„Einsatzkräfte dürfen in der Corona-Pandemie nicht zu Rettern ohne Schutz werden. Hier ist unverzüglich politisches

Handeln gefragt, das wir als SPD von der Landesregierung in einem entsprechenden Antrag fordern“, sagte Karina Fissmann.

Nachbesserungsbedarf bestehe allerdings auch bei der Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren an der Landesfeuerweherschule. „Seit einem halben Jahr finden praktisch keine Lehrveranstaltungen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren mehr statt. Das sorgt für einen ohnehin bestehenden Ausbildungsstau, verhindert den Einsatz von Nachwuchskräften und schwächt die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr in der Fläche“, erklärten die SPD-Landtagsabgeordneten, die von der

Landesregierung eine schnellstmögliche Freigabe der Ausbildungsmöglichkeiten fordern.

„Gerade im ländlichen Raum ist Löschen, Retten und Bergen Aufgabe der Freiwilligen Feuerwehren. Und gerade die werden durch den monatelangen Ausbildungsstopp an der Landesfeuerweherschule in große Schwierigkeiten gebracht. Nachwuchskräfte für den Einsatz auszubilden, freiwillige Feuerwehrkräfte für Führungsaufgaben zu qualifizieren oder besondere Kenntnisse für spezielle Lagen zu vermitteln, ist derzeit für die Freiwilligen Feuerwehren nicht möglich“, so Fissmann und John abschließend. ■

## REGIONALE BRAUEREIVIELFALT RETTEN

Nordhessische Landtagsabgeordnete fordern: Biersteuer erstatten

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag fordert, die Existenzen der kleinen und mittleren Brauereien im Land zu unterstützen, die in besonderem Maße von der Corona-Krise getroffen seien, teilten die regionalen SPD-Landtagsabgeordneten Manuela Strube, Wolfgang Decker, Günter Rudolph und Oliver Ulloth mit. Insbesondere die Rückerstattung der bereits entrichteten Biersteuer könne dazu beitragen, das Überleben der kulinarisch wie kulturell wertvollen Brauunternehmen zu sichern, sagten die Abgeordneten. Möglich sei die Erstattung der Biersteuer, weil diese als

einzigste Verbrauchssteuer in Deutschland nicht dem Bund, sondern den Ländern zufließe.

„Der Lockdown in der Gastronomie und die Absage von nahezu allen öffentlichen Veranstaltungen bedrohen viele Arbeitsplätze und unternehmerische Existenzen – bei den Gastro- und Veranstaltungsfirmen selbst, aber auch bei deren Lieferanten, zum Beispiel den kleinen Spezial- und Regionalbrauereien. Unsere Forderung ist daher, den kleinen Braubetrieben in Hessen, die weniger als 200.000 Hektoliter Bier im Jahr herstellen, die Biersteuer für das Jahr 2020 zurückzuerstatten. Es geht

hierbei um einen Betrag von etwa zehn Millionen Euro. Das ist eine Summe, die für die Unternehmen überlebenswichtig sein kann. Das Geld könnte die Landesregierung aus dem so genannten Corona-„Sondervermögen“ finanzieren, wo sie stolze zwölf Milliarden Euro gebunkert hat. Und anders als bei vielen anderen Vorhaben, die Schwarzgrün aus diesem Schattenhaushalt bezahlt, handelt es sich bei der Rückerstattung der Biersteuer nun tatsächlich um eine ausschließlich der Corona-Pandemie geschuldete Unterstützungsmaßnahme“, so die Abgeordneten abschließend. ■

GLÜCKWUNSCH!

Georg Frese  
aus Zierenberg  
Dr. Georg Maraun  
aus Wolfhagen  
Hans Wagner  
aus Marburg  
Christian Kimmeler  
aus Burghaun

zum 95. Geburtstag

Erich Emmerich  
aus Helsa

zu 60 Jahren  
Partei Mitgliedschaft ■

# VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

MAI 2021



Von Nancy Faeser,  
SPD-Landesvorsitzende und  
Vorsitzende der SPD-Fraktion  
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielleicht sehen wir doch ein Licht am Ende des Coronatunnels: Die Impfkampagne gegen das Virus nimmt Fahrt auf – auch wenn die überbürokratische Impfstrategie der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen ein höheres Tempo bisher verhindert. Die sogenannte Bundesnotbremse scheint eine gewisse Wirkung zu zeigen. Und während ich diese Zeilen schreibe, erreichen uns Meldungen, dass die Inzidenzzahlen seit mehreren Tagen sinken. Wir könnten also Anlass zu vorsichtiger Zuversicht haben und zu der zarten Hoffnung, dass der Sommer 2021 so unbeschwert werden kann, wie das unter den Bedingungen einer weltweiten Pandemie eben möglich ist.

Was bleibt, sind kritische Erkenntnisse darüber, wie unser Land für Krisensituationen aufgestellt ist: Teile unserer Institutionen funktionieren offensichtlich im Alltag hervorragend, finden aber in der Krise nicht schnell genug aus dem Routinemodus heraus. Das hat auch etwas mit politischen Vorgaben zu tun, die – wie hier in Hessen – zu zögerlich, zu bürokratisch und bisweilen sogar widersinnig waren und sind.

Sorgen machen mir auch die Ergebnisse der PISA-Sonderauswertung zur Lesesqualifikation von Schülerinnen und Schülern in der Mittelstufe und zu deren Fähigkeit, Tatsachen und Meinungen auseinanderzuhalten: Die Teenager von heute sind die Demokraten von morgen. Wenn sie nicht mehr wissen, was belegbare Fakten von abseitigen Interpretationen unterscheidet, dann gerät das Fundament unseres Landes in Gefahr. Denn die Demokratie lebt vom aufgeklärten Bürger, der sich erst informiert und dann eine eigene Meinung bildet.

Auch deswegen müssen wir alles tun, um die Medienkompetenz unserer Kinder zu stärken. Über ein Jahr Corona, das war eben auch ein Jahr ohne regulären Schulunterricht. Das darf nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler gehen, die in einigen Jahren die sein werden, die unsere Gesellschaft gestalten und prägen.

Wir brauchen deswegen ein Nachholprogramm für die Kinder und Jugendlichen, die unter den Bildungsfolgen der Pandemie leiden. Damit aus den jungen Menschen von heute die selbstbewussten Demokraten werden, die wir morgen brauchen.

In diesem Sinne: Seien Sie herzlich begrüßt – und bleiben Sie gesund.

Nancy Faeser

2. JUNI 2021,  
18 BIS 19.30 UHR

DIE BILDUNGS-  
TRÄGER DER  
HESSISCHEN SPD  
STELLEN SICH BEI  
EINER BILDUNGS-  
MESSE DER  
POLITISCHEN  
BILDUNGS-  
GEMEINSCHAFT  
HESSEN VOR.  
EINE EINLADUNG  
GEHT MITTE MAI  
AN ALLE MITGLIE-  
DER MIT E-MAIL-  
ADRESSE ZU.

## CHAOS SCHULE

SCHWARZGRÜNE LANDESREGIERUNG UND KULTUSMINISTER ALEXANDER LORZ HABEN EIN SCHLECHTES ZEUGNIS ZU ERWARTEN

Es sind die ewigen Ankündigungen und schließlich das ewige wenig bis nichts Tun, mit dem sich die schwarzgrüne Landesregierung bei ihrer Schulpolitik in Zeiten von Corona auszeichnet. In knapp einem Monat endet das nunmehr dritte Halbjahr und damit das erste vollständige Schuljahr der hessischen Schülerinnen und Schüler unter Pandemiebedingungen. Damit wird es Zeit für ein Zeugnis – für die Landesregierung. Dass dieses nicht gut, nicht befriedigend und noch nicht einmal ausreichend sein kann, weiß der Generalsekretär der hessischen SPD und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen. „Nach über einem Jahr Corona zeichnet sich ein desaströses Bild der hessischen Schulpolitik: Alle Ferien seit Beginn der Pandemie hat Kultusminister Alexander Lorz verschlafen, anstatt sie für die Erarbeitung sinnvoller Pläne zu nutzen. Viel zu oft schwankte Hessen zwischen den Extremen: vollständige Schulöffnung oder geschlossene Schu-

len anstelle von Planungssicherheit. Den Wechselunterricht als tragfähigen Kompromiss für sicheres und angstfreies Lernen hat er Monate zu spät und nur auf Druck eingeführt. Die Testung von allen an Schulen Tätigen und Lernenden hat er sträflich vernachlässigt und erst vor wenigen Wochen durchgesetzt. Hessen hat noch immer keine Videokonferenzfunktion und kann es nicht mit den bisher gängigen Systemen aufnehmen, die aber ab August nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Der digitale Anschluss der Schulen wurde sträflich vernachlässigt, und erst auf Druck der SPD im Bund ging es mit dem Digitalpakt voran. Und schließlich: Auch die Impfpriorisierung der Lehrkräfte musste erst erkämpft werden. Man kann nur den Kopf schütteln über die Plan- und Tatenlosigkeit dieser Landesregierung in Sachen Schule. Das Zeugnis für Schwarzgrün und Kultusminister Lorz fällt dementsprechend schlecht aus“, so die Kritik Degens.

Fortsetzung auf Seite 2



Zum Beginn der Sommerferien hat die schwarzgrüne Landesregierung mit einem schlechten Zeugnis zu rechnen, so der Generalsekretär Christoph Degen.

QUELLE: SPD HESSEN

## SPD-LANDES- VORSTAND TRIFFT SICH ZUR KLAUSUR

Der SPD-Landesvorstand wird am 22. Mai zu einer virtuellen Vorstandsklausur zusammenkommen. Dabei wird natürlich insbesondere die vergangene Kommunalwahl eine zentrale Rolle spielen. „Das Ziel ist eine detaillierte Auswertung der vergangenen Wahl. Ein zentrales Thema wird deshalb auch das Thema Wahlergebnisse in (Groß-)Städten spielen. Bundesweit lässt sich der Trend feststellen, dass es der SPD immer schwerer fällt, in Städten gute Ergebnisse zu erzielen“, erklärt die Landesvorsitzende Nancy Faeser. Umso wichtiger sei es, Ursachen und Lösungsansätze herauszuarbeiten. Dazu werde der Landesvorstand auch externe Gäste einladen. Außerdem spiele die organisatorische Auswertung der Wahl eine Rolle. Über 500 Genossinnen und Genossen haben sich bereits an einer Evaluation der Kommunalwahl beteiligt. Die Ergebnisse der Auswertung sollen in der Vorstandsklausur präsentiert werden. ■

# CHAOS SCHULE

SCHWARZGRÜNE LANDESREGIERUNG UND KULTUSMINISTER ALEXANDER LORZ HABEN EIN SCHLECHTES ZEUGNIS ZU ERWARTEN

Fortsetzung von Seite 1

Er sehe vor allem die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler als extrem gefährdet. Nur jeder dritte Schüler gebe zudem an, mit der Coronapandemie gut zurechtzukommen. „Die Gefahr, dass viele Schülerinnen und Schüler den Anschluss verlieren, wird immer größer“, so Degen. Auch sehe er die große Belastung der Schulleitungen, Lehrkräf-

te und Eltern, die unter dem ständigen Wechsel zwischen den Extremen in Hessen sehr gelitten haben. „Die traurige Wahrheit wird allerdings sein, dass nicht der Kultusminister, von dem man das erwarten können sollte, diese Probleme lösen wird, sondern die Impfkampagne endlich ihr Übriges tun und nach den Sommerferien die Lage an Hessens

Schulen ohnehin zumindest entspannter sein wird. Unser Fokus liegt nun darauf, Lernrückstände zu erheben und möglichst verbindliche Fördermaßnahmen auf den Weg zu bringen. Das gilt nicht nur für Lernstoff, sondern ebenso für die Kompensation von sozialen und psychischen Versäumnissen“, schloss Degen. ■

## Änderung der Einberufung des Landesparteitags am 19. Juni 2021

### Neuer Veranstaltungsort:

### Stadion am Bieberer Berg, Waldemar-Klein-Platz 1, 63071 Offenbach am Main

Mit einem umfangreichen Hygienekonzept und gemeinsamer Disziplin werden wir einen echten Präsenzparteitag am 19. Juni wie geplant durchführen können. Nur der Ort muss sich dafür ändern und einige Hygieneeinlagen müssen zum Schutz aller eingehalten werden.

In Absprache mit Gesundheitsamt und Stadiongeseellschaft werden sogenannte Corona-Bürgertests verpflichtend sein für den Zugang ins Stadion am Bieberer Berg. Diese dürfen nicht älter als vom Vortag sein. Alle Delegierte müssen ein aktuelles schriftliches negatives Testergebnis vorlegen – ein Selbsttest ist nicht ausreichend. Diese Tests können entweder vor der Anreise im eigenen Ort gemacht werden oder direkt am Stadion selbst: Auf dem Bieberer Berg gibt es ein großes Testzentrum, Termine können online gebucht werden. Detailinformationen zum Test vor Ort und einen Abfragebogen werden vorab an die Delegierten verschickt. Für die Akkreditierung werden wir Zugangszeitfenster für die jeweiligen Delegationen planen. Die Akkreditierung erfolgt weitgehend kontaktlos über das Ticketsystem mit Kartenscannern – dabei werden auch die Corona-Testergebnisse kontrolliert.

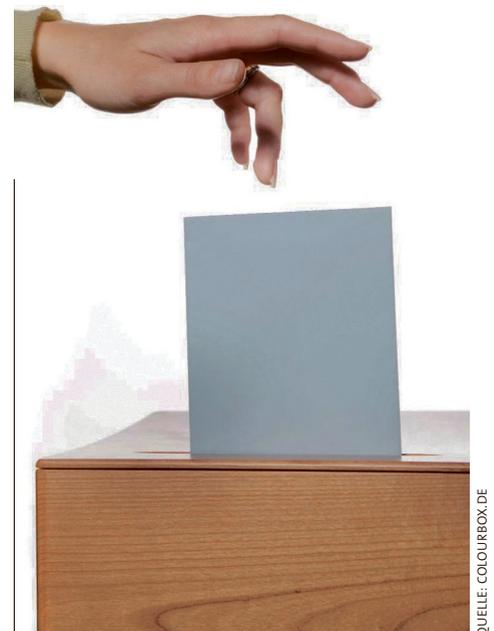
Im gesamten Park-, Zugangs- und Stadionbereich sind FFP2-Masken, die lediglich auf dem eigenen Sitzplatz abgenommen werden können, verpflichtend. Die jeweiligen Plätze werden im Vorfeld mit einem Ticketsystem festgelegt. Da im Rahmen des Hygienekonzepts keine Gegenstände weitergegeben werden sollen, bitten wir darum, an die eigene Basisausstattung zu denken: Handdesinfektionsmittel, Sonnencreme (wir tagen Open air), Kugelschreiber, Klemmbrett o.ä. Auch für schlechteres Wetter solltet ihr gerüstet sein. Mit Lunchpaketen werden wir eine Grundversorgung sicherstellen. In einem Stadion ist es leider untersagt, Getränkeflaschen mitzubringen. Dieses Hygienekonzept gilt auch für die Gremiensitzungen am Freitag.

# AUS WAHLEN LERNEN

HESSISCHE SPD EVALUIERT KOMMUNALWAHL 2021

Nach der Wahl ist vor der Wahl – ein altbekannter Spruch, der dieses Jahr nach der Kommunalwahl und damit vor der Bundestagswahl im Herbst mehr denn je zutrifft. „Aber auch unabhängig von diesem Hintergrund ist es für uns wichtig, die eigene Arbeit zu hinterfragen, Probleme zu erkennen und gute Angebote zu wiederholen“, erläutert die Landesvorsitzende Nancy Faeser. Deswegen habe der hessische SPD-Landesverband eine flächendeckende quantitative und qualitative Auswertung zur Kommunalwahl gestartet. Zielgruppe waren vor allem diejenigen, die bei der Kommunalwahl für die Wahlkämpfe vor Ort zuständig waren: Ortsvereinsvorstände, Fraktionsvorsitzende und natürlich die Unterbezirke und Bezirke. Über 500 Genossinnen und Genossen haben sich an der Umfrage beteiligt. „Wir sind allen dankbar, die nach dem mühevollen Wahlkampf sich die Zeit genommen haben und sich an der Umfrage beteiligt haben. Wenn wir

in zukünftigen Wahlen besser auftreten und Gutes wiederholen wollen, müssen wir zuhören, auswerten und ehrlich miteinander sein“, erläutert Generalsekretär Christoph Degen. Rund 47 Fragen zur Organisation vor Ort, zum Wahlkampf in Coronazeiten und zu den Angeboten des Landesverbands hatte der Umfragebogen umfasst. „Natürlich haben wir auch schon in die Ergebnisse reingeschaut. Es gibt sicherlich überraschende, aber auch zu erwartende Ergebnisse. Auf jeden Fall können wir aus den Ergebnissen lernen und in Zukunft zielgerichteter unsere Ressourcen einsetzen“, sind sich Faeser und Degen einig. Die Ergebnisse der Evaluation werden bei der Landesvorstandsklausur am 22. Mai präsentiert. Schon jetzt lasse sich aber sagen, dass der zurückliegende Wahlkampf nicht nur vom Bauchgefühl her ein anderer war: „Die Kommunalwahl 2021 hat sich stark in den virtuellen Raum verschoben, und auch die Mobilisierung der eigenen Mitglieder empfanden viele als



QUELLE: COLOURBOX.DE

schwieriger als in der Vergangenheit“, so der Generalsekretär. „Auf der anderen Seite wurden viele neue Formate ent- und der Wahlkampf insgesamt weiterentwickelt. Das wird uns auch für zukünftige Wahlkämpfe helfen, denn auch ohne Pandemie müssen wir vielfältige Wege gehen, um die Menschen in Hessen erreichen zu können.“ ■

# BÜRGERNAH, SOLIDARISCH UND VORAUSSCHAUEND

LANDESVORSTAND BESCHLIESST ANTRAG FÜR GERECHTES, NACHHALTIGES UND BARRIEREFREIES GESUNDHEITSSYSTEM

Die COVID-19-Pandemie ist ein Crash-Test für unsere Gesellschaft und unser Gesundheitssystem“, heißt es in einem vom Landesvorstand nach Beratungen des Landesparteirats beschlossenen Antrag zum Gesundheitssystem. Die Coronapandemie lasse die Schwächen im gegenwärtigen Gesundheitssystem deutlich zutage treten. „Wichtig ist uns, dass alle Menschen einen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben – und das auch nach Corona“, erklärt Katrin Hechler das Anliegen des Landesvorstands. Die Schatzmeisterin der hessischen SPD weiß als Kreisbeigeordnete um die großen Herausforderungen, die das Gesundheitssystem derzeit zu stemmen hat. Es sei schon heute wichtig, aus der Pandemie die richtigen Lehren zu ziehen. „Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Gesundheitspolitik als zentrale öffentliche Aufgabe dauerhaft verankert ist und bleibt und der zunehmenden Privatisierung Einhalt geboten wird. Für uns ist es auch in der Gesundheitspolitik ein zentrales Ziel, für gleichwertige Lebensverhältnisse einzu-

treten“, heißt es deshalb in dem Antrag weiter. Unabhängig von ihrem Einkommen, Wohnort, Versicherungsstatut oder Alter sollen alle Hessinnen und Hessen den gleichen Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen. Dazu brauche es Einsatz auf allen politischen Ebenen, weiß Hechler und betont: „Schon heute erleben wir oft die Folgen einer Zwei- bzw. Drei-Klassenmedizin – am deutlichsten wahrscheinlich bei der Terminvergabe oder beim Zahnarzt. Diesem Trend müssen wir Einhalt gebieten.“ Wichtig sei es deshalb vor allem, durch eine bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Angebote vor Ort schnelle und unkomplizierte Verbesserungen für die Menschen zu erzielen. Nur wenn das System an sich flexibler werde und unterschiedliche Modelle vor Ort zulasse, könne die schon jetzt vorhandene Versorgungslücke geschlossen werden. Außerdem fasst der Antrag die Situation des Pflegepersonals ins Auge. „Wir waren in Deutschland mit Sicherheit deutlich besser auf die Pandemie vorbereitet als viele andere Länder. Aber unser System

wird von unterbezahlten und überarbeiteten Menschen getragen, die unter der zunehmenden Last zusammenzubrechen drohen“, erläutert Katrin Hechler. Gerade im Krankenhausbereich müsse es deshalb zwingend eine bessere Bezahlung und einen höheren Personalschlüssel geben. Dazu gehöre aber auch eine bessere Krankenhausfinanzierung. Der Landesvorstand erneuert deshalb auch seine Forderung nach einer Bürgerversicherung, um eine gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems zu gewährleisten. Für eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens brauche es ein Zusammenspiel unterschiedlicher Punkte erklärt Hechler das Anliegen des Vorstands. Dazu gehörten die Stärkung des Personals und die Steigerung der Attraktivität der Berufe im Gesundheitssystem, die Sicherstellung der Qualität in der Fläche, die Überprüfung des Abrechnungssystems und der Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigung, eine entsprechende Krankenhausplanung, ein Ausbau der Geburtshilfe und Hebammenversorgung sowie die Stärkung der psychiatrischen Angebote. ■

## „PFLEGE BRAUCHT ZEIT UND GUTE RAHMENBEDINGUNGEN“

DREI FRAGEN AN DR. DANIELA SOMMER, SPD-LANDTAGSABGEORDNETE UND GESUNDHEITS- UND PFLEGEPOLITISCHE SPRECHERIN

**vorwärts Hessen:** Das Gesundheitssystem ist derzeit mehr denn je überlastet, aber Probleme wie mangelndes Pflegepersonal gibt es nicht erst seit gestern, oder?

**Dr. Daniela Sommer:** Ja, diese Probleme gibt es schon lange Jahre. Doch angesichts des demografischen Wandels wird der Bedarf an qualifiziertem Personal immer weiterwachsen: Nicht nur, dass die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, die Komplexität der Versorgung nimmt auch zu. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ab, die für die Ausbildung zur Verfügung stehen könnten, und die Konkurrenz der Ausbildungsberufe wird größer.

**vorwärts Hessen:** Wie können wir sicherstellen, dass es in Zukunft (wieder) Menschen gibt, die im Pflege- und Gesundheitsbereich arbeiten wollen?

**Dr. Daniela Sommer:** Dafür muss dringend die Attraktivität der Gesundheitsberufe erhöht werden. Wir brauchen ein Konzept für bessere Arbeitsbedingungen, und wir werden nicht müde, Personalmindeststandards einzufordern, damit mehr Zeit für Pflege bleibt. Die SPD im Hessischen Landtag setzt sich seit eh und je für gute Patientenversorgung durch gute und



QUELLE: ANGELEIKA ASCHENBACH

sichere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen ein. Personalabbau, der die Beschäftigten überfordert und Patienten gefährdet, lehnen wir ab. In den letzten Jahren ist ein zunehmender Personalabbau zu beobachten, insbesondere im Bereich der Pflege. Weil die Steuerung nur über ökonomischen Wettbewerb erfolgt, wird im Blindflug Personal abgebaut. So

ist in den letzten Jahren die Zahl der Vollzeitkräfte in unseren Krankenhäusern immer weiter zurückgegangen. Gleichzeitig nimmt aber die Zahl der Krankenhausbehandlungen stetig zu. Hier muss gegen-gesteuert werden. Pflege braucht Zeit, gute Rahmenbedingungen, Wertschätzung und Anerkennung.

**vorwärts Hessen:** Wenn wir auch nach Corona ein gutes Gesundheitssystem haben wollen, zu dem jeder Mensch Zugang hat – was muss dann jetzt dringend getan werden?

**Dr. Daniela Sommer:** Die Pandemie hat unterstrichen, wie wichtig eine gute medizinische Infrastruktur ist. Nicht nur in Krisenzeiten müssen wir alles dafür tun, dass alle Menschen eine gute Versorgung vorfinden können. Krankenhäuser sollen die Menschen gesundmachen – das muss an allererster Stelle stehen, nicht eine Gewinnmaximierung. Deswegen brauchen Krankenhäuser auskömmliche Investitionspauschalen, für die das Land endlich Sorge tragen muss. Es braucht darüber hinaus klare Standards, die sicherstellen, dass in Einrichtungen Personal aller Berufsgruppen in hinreichender Zahl vorhanden ist. Deshalb fordern wir Personalmindeststandards. ■

### START DER KOMMUNALAKADEMIE

Im Herbst startet die Akademie für Kommunalpolitik (AfK) wieder eine Kommunalakademie. Insbesondere junge Nachwuchspolitikerinnen spricht die AfK damit an und bittet um Bewerbungen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Kommunalakademie paritätisch besetzt ist. Mit der Kommunalakademie bietet die AfK Hessen die notwendige Vorbereitung und Unterstützung, wenn Ehrenamtliche in ihrer Kommune politische Verantwortung übernehmen wollen oder bereits übernommen haben. Neben Fachthemen steht die Weiterentwicklung der persönlichen Stärken und Ziele im Vordergrund. Zudem bietet die Kommunalakademie eine großartige Chance, sich zu vernetzen und sich gegenseitig zu unterstützen. Für Rückfragen, auch zu Möglichkeiten der finanziellen Förderung, 0611-360-117-6 Bitte Bewerbungen (Motivationsschreiben u. Lebenslauf) bis 30.06.2021 an: [info@afk-akademie.de](mailto:info@afk-akademie.de) Termine: 03.09. bis 05.09.2021; 25.09. bis 26.09.2021; 23.10. bis 24.10.2021; 19.11. bis 21.11.2021 Kosten: 400,00 € für alle vier Module inkl. Übernachtung im EZ/VP Die Teilnahme an allen vier Modulen ist verpflichtend. ■

WIR  
GRATULIEREN

**Manfred Wagner,**  
Oberbürgermeister  
der Stadt Wetzlar.

**Antje Runge,**  
Bürgermeisterin  
der Stadt Oberursel.

**Dr. Thomas Spies,**  
Oberbürgermeister  
von Marburg.

**Dr. Marius Hahn,**  
Bürgermeister von  
Limburg.

**Dr. Dieter Lang,**  
Bürgermeister der  
Stadt Dietzenbach.

FÜR EINEN  
GUTEN START

Auch in diesem Jahr dürfen die Schulstart- und Kitastartaktionen in Hessen nicht fehlen.

Material dafür ist ab sofort wie gewohnt bestellbar.

Von der Frühstücksdose über Stifte ist wieder alles dabei, was es für individuelle Aktionen rund um den Beginn der Schul- und Kitazeit braucht. Bestellmöglichkeiten:

[ynot-gmbh.de](http://ynot-gmbh.de) ■

# UNGLEICHES HESSEN

STUDIE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN BELEUCHTET  
LEBENSVERHÄLTNISSE IN HESSEN

Mehr als zwei Millionen Menschen in Hessen sind in Regionen mit Strukturproblemen zu Hause, das hat eine Studie ergeben, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen (FES) von einem Team des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) erstellt wurde. Basierend auf Indikatoren zu den Themen Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Lebens- und Bildungschancen, Wohlstand und Gesundheit, Wanderung sowie staatliches Handeln und Partizipation wurden die regionalen Unterschiede im Bundesland anhand aktueller Zahlen dargestellt. Dabei wurden vier Typen von Gemeinden identifiziert: dynamische Städte und Umlandgemeinden mit Exklusionsgefahr, Städte und Gemeinden mit deutlichen sozioökonomischen Herausforderungen, ländliche Gemeinden mit langfristigen strukturellen Herausforderungen und eine solide Mitte.

Eine weitere Erkenntnis: Die Unterschiede, die sich über Hessens Landkarte verteilen, verfestigen sich immer weiter. Das ist keine gute Nachricht für die Hessinnen und Hessen, denn ihnen bleibt – zumindest vorerst – ein Strukturausgleich verwehrt. Insgesamt 2,3 Millionen Hessinnen und

Hessen leben laut der Studie in Regionen mit Strukturproblemen. Das sind rund ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Bundesland. Dabei geht es vor allem um Themen wie Mobilität, Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Lebenserhaltungs- und Mietkosten. Und dabei ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eines der Ziele, die sich der Staat selbst als Aufgabe gesetzt hat. Nach dem Ergebnis der Studie zu urteilen, braucht es dafür jedoch deutlich mehr Anstrengungen seitens der Landesregierung. Und diese Anstrengungen sind dringend notwendig, denn „politisch stabil kann eine Gesellschaft nur dann bleiben, wenn sie sich am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse orientiert“, heißt es in dem Vorwort der Studie von dem Leiter des Landesbüros der FES, Severin Schmidt. Und weiter: „Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass ein Auseinanderdriften etwa

von städtischen und ländlichen Räumen zu Ungleichgewichten führt, die letztlich die Akzeptanz demokratischer Institutionen verringern.“ Die gesamte Studie kann von der Seite der FES heruntergeladen werden: [fes.de/landesbuero-hessen](http://fes.de/landesbuero-hessen) ■



Stefan Fina, Bastian Heider

**UNGLEICHES HESSEN**  
WIE KÖNNEN GLEICHWERTIGE  
LEBENSVERHÄLTNISSE ERREICHT  
WERDEN?

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG  
Landesbüro Hessen

QUELLE: FES HESSEN

## GEGEN RASSISMUS, MENSCHENFEINDLICHKEIT UND RECHTS- EXTREMISTISCHES GEDANKENGUT IN DER GESELLSCHAFT

Der rassistische Anschlag von Hanau hat in dramatischer Art und Weise einmal mehr deutlich gemacht, dass mehr Vorbeugung erforderlich ist, um die fortschreitende Verrohung von Teilen der Gesellschaft zu stoppen. „Der Rechtsextremismus ist zur größten Bedrohung für das friedliche Zusammenleben in unserem Land geworden. Aber niemand wird als Rechtsextremist geboren, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind keine biologischen Veranlagungen, sondern das Ergebnis von gesellschaftlicher Prägung“,

so die Landesvorsitzende Nancy Faeser. Deswegen sei es wichtig, möglichst früh mit einer Erziehung zu Mitmenschlichkeit, Toleranz und Gewaltlosigkeit zu beginnen und ein Umfeld zu schaffen, das die Verschiedenheit der Menschen akzeptiert und mögliche Konflikte auf der Basis von gegenseitigem Respekt angeht. Mehr Prävention in der Zukunft müsse einhergehen mit einer rückhaltlosen Aufklärung der rechtsextremistischen Gewalt- und Terrorakte der jüngsten Vergangenheit, erläutert Nancy Faeser das Ziel der hessischen SPD. Ein großes An-

liegen ist es deshalb, die Umstände des rassistischen Terroranschlags von Hanau lückenlos aufzuklären. Um dem Rechtsextremismus in unserem Land zu begegnen, brauche es aber weitere langfristige und strukturelle Maßnahmen. „Dazu muss die Demokratieerziehung bereits in den Kitas beginnen, denn neben dem Elternhaus sind Kindertageseinrichtungen die entwicklungsbestimmende Umgebung für Kinder“, erklärt Faeser. Es muss aus Sicht der SPD aber auch die politische Bildung gestärkt und unsere Alltagssprache angepasst werden – sie darf nicht ausgrenzen und diskriminieren. Gerade die Politik müsse deshalb als Vorbild vorangehen. Insgesamt müssten die Maßnahmen gegen Rechts aber noch weiter gehen: mit einer Einrichtung eines Lehrstuhls gegen Rassismus, einem Antidiskriminierungsgesetz für Hessen und der Einführung eines Demokratieberichts. Ein großes Anliegen ist es außerdem, eine Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung zur Erinnerung an die Opfer von Hanau einzurichten. Dafür setzt sich die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ein. ■



QUELLE: LUISA NEURATH

# MINISTERPRÄSIDENT BOUFFIER ZÖGERT UND ZAUDERT

SPD-FRAKTIONSCHEFIN NANCY FAESER KRITISIERT CORONA-POLITIK DER SCHWARZGRÜNEN LANDESREGIERUNG

**A**uch die vergangene Plenarwoche des Hessischen Landtags begann mit einer Regierungserklärung zur Coronalage des Ministerpräsidenten Volker Bouffier. In der Aussprache kritisierte die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, dass die Coronastrategie der schwarzgrünen Landesregierung nicht von klaren Entscheidungen und entschlossenem Handeln geprägt sei, sondern von Zögern und Zaudern. „Das, was wir jetzt brauchen, ist Klarheit und Konsequenz. Und damit das genaue Gegenteil von dem, was der Ministerpräsident ‚Besonnenheit‘ nennt und was nur ein anderes Wort für Wankelmut und Nichtstun ist“, erklärte Faeser. Derweil habe die schwarzgrüne „Besonnenheit“ den hessischen Impffortschritt für mehrere Wochen ans Ende der Tabelle verbannt. Kein Bundesland habe langsamer geimpft als Hessen, und kein Bundesland habe chaotischer geimpft, so Faesers Kritik. Auch Ende April hätten noch immer Zehntausende von impfwilligen Über-80- und Über-70-Jährige auf die Immunisierung warten müssen. „Dabei ist das Impfen die größte, wenn nicht die einzige Hoffnung, dass wir aus dieser Pandemie wieder herausfinden. Und Schwarzgrün bekommt es nicht organisiert“, sagte Faeser. Sie forderte dringend den nächsten, längst überfälligen Schritt zu gehen,



QUELLE: PETER JÜLICH

**Nancy Faeser fordert eine Ausweitung der Impfmöglichkeiten – Betriebsärzte sollen umgehend eingebunden werden.**

nämlich, dass auch Betriebsärzte mitimpfen können. Außerdem müsse die Landesregierung dringend die Krankenhäuser entlasten. „Und das sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht. Aber auch hier fühlt sich Schwarzgrün nicht zuständig. Das ist so nicht hinnehmbar“, kritisierte die SPD-Fraktionsvorsitzende. Dem Ministerpräsidenten persönlich warf Faeser vor, die Akzeptanz der so genannten Bundesnotbremse zur Eindämmung der Coronapandemie durch sein Verhalten geschwächt zu haben: „Sie haben erfolgreich den Eindruck vermittelt, dass Sie der Bundesnotbremse nur aus Staatsräson zugestimmt zu haben, nicht aus Einsicht

in die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Und danach habe Sie mit zwei, drei Sätzen auch noch Schüler, Eltern und Lehrer in Hessen ins Chaos gestürzt, als Sie nämlich andeuteten, die neue Bundesregelung zu den Schulschließungen werde in Hessen nicht sofort umgesetzt, obwohl die Rechtslage eindeutig war.“ Die Schülerinnen und Schüler gehörten ohnehin zu denen, die in der Pandemie die größten Schwierigkeiten hätten, so Nancy Faeser: „Von einem regulären Unterricht sind unsere Schulen weit entfernt, die Klassen 7 bis 11 haben seit Mitte Dezember kein Klassenzimmer mehr von innen gesehen. Das hat fatale Folgen: Eine wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern wird vom Lernstoff abgehängt, viele andere gehen sozial und emotional verloren, zu manchen haben die Schulen überhaupt keinen Kontakt mehr. Das hat viel damit zu tun, dass es in Hessen nie eine wirklich schlüssige Schulstrategie für die Pandemie gab. Statt der ordnenden Hand eines engagierten Kultusministers gab es Hü und Hott und einen Minister, dessen öffentliche Auftritte seit einem Jahr zwischen Überforderung, Desinteresse und Teilnahmslosigkeit wechseln. So setzt der Kultusminister, so setzt Schwarzgrün insgesamt die Zukunft von mittlerweile zwei Schuljahrgängen aufs Spiel – und damit die Zukunft unseres Landes.“ ■



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Lisa Gnadt Mdl

## SCHUTZ UND SICHERE ARBEITSBEDINGUNGEN IN KITAS

Lisa Gnadt hat die Landesregierung erneut aufgefordert, für Schutz und sichere Arbeitsbedingungen in den Kitas, Krippen und bei den Tagespflegepersonen zu sorgen. „In der Krise ist uns noch einmal vor Augen geführt worden, wie wichtig eine gute und verlässliche Betreuung und Förderung unserer Kinder ist. Gleichzeitig sind die in diesem Bereich Tätigen besonderen Risiken ausgesetzt, weil sie täglich mit vielen Kindern zusammenkommen, dabei aber kaum Abstand und andere Hygieneregeln einhalten können“, so Gnadt. In einem Dringlichen Antrag hatte die SPD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, die vollständige Impfung der Erzieherinnen und Erzieher, der Azubis in Kitas sowie der Tagespflegepersonen zu beschleunigen, eine flächendeckende Teststrategie für Kitas aufzulegen, ausreichend kostenlose Masken zur Verfügung zu stellen und die Kita-Gruppen strikter voneinander zu trennen. Bei der Teststrategie fordere die SPD-Fraktion außerdem, alle Kitas in Hessen mit einzubeziehen. Auch ein Durchmischen der Gruppen müsse konsequenter vermieden werden. ■

# FÜR MEHR BARRIEREFREIES WOHNEN

SPD-LANDTAGSFRAKTION BRINGT GESETZ ZUR ÄNDERUNG DER HESSISCHEN BAUORDNUNG EIN

**W**ir haben schon länger die Anforderungen an barrierefreies Bauen bemängelt. Es reicht einfach nicht aus, wenn lediglich bei Gebäuden ab sechs Geschossen mehr barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss“, erklärt die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-

Fraktion, Elke Barth. Zuvor hatte ihre Fraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO) in den Hessischen Landtag eingebracht und sich damit für ein verstärktes Engagement für barrierefreien Wohnraum eingesetzt. Bei Neubauten, die weniger als sechs Geschosse hätten, habe die Neuregelung der HBO aus dem Jahr 2018 zu einer Verschlechterung geführt. „Das betrifft insbesondere den ländlichen Raum, wo Wohngebäude mit sechs oder mehr Geschossen die Ausnahme sind. Das Gesetz muss deshalb dringend angepasst werden“, so Barth. Nach Zusammenarbeit mit dem VDK war es der SPD-Fraktion gelungen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der erneute Änderungen in die HBO einarbeitet und die Voraussetzungen für mehr barrierefreie Wohnungen in Hessen schafft. „Das gebietet die demografische Situation, aber auch die

UN-Behindertenrechtskonvention, die allen Menschen ein Recht auf Teilhabe zuspricht. Menschen mit Beeinträchtigungen, aber auch viele ältere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollen in Hessen künftig bessere Möglichkeiten haben, überall eine ihren Bedürfnissen angepasste Wohnung zu finden, bzw. ihr angestammtes Wohnumfeld nicht aufgrund von Mobilitätseinschränkungen verlassen zu müssen“, erklärt Barth. In ihrer Gesetzesänderung fordert die SPD eine Verbindung der ehemaligen Regelung in der HBO, dass grundsätzlich die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei sein müssen, mit der 2018 neu geschaffenen Regelung, wonach zwanzig Prozent aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern barrierefrei sein müssen. Die Änderung der HBO sei dringend notwendig: „Schon heute fehlen hessenweit rund 80.000 barrierefreie Wohnungen. Diesem Mangel können wir nur mit einer Anpassung der gesetzlichen Vorschriften begegnen.“ ■



**Für Wohnungen ohne Barrieren. Überall in Hessen!**

SPD-LANDTAGSFRAKTION



Ulrike Alex, MdB

**TEILHABE VON MENSCHEN MIT SINNESBEHINDERUNG**

Der Hessische Landtag hat über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Taubblinden- und ein Gehörlosengeld debattiert. Dieser habe viel zu lange auf sich warten lassen, machte die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulrike Alex, deutlich. „Schon seit Jahren haben Betroffene einen solchen Nachteilsausgleich gefordert. Und wir haben deshalb sowohl ein Taubblinden- als auch ein Gehörlosengeld mehrfach beantragt. Beides blieb den Betroffenen jedoch bislang verwehrt“, so Alex. Aufgrund eindrücklicher Schilderungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und engagierter Organisationen im Sozialausschuss seien die Bedürfnisse der Betroffenen überdies den Abgeordneten aller Fraktionen seit Jahren bekannt gewesen. „Andere Bundesländer sind längst vorangegangen, nur Hessen hat sich wieder einmal gewehrt. Durch die lange Wartezeit auf den Nachteilsausgleich ist den Betroffenen viel Lebensqualität unwiederbringlich verloren gegangen“, kritisierte Alex. ■

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

# QUERDENKER-DEMO, WAFFENDIEBSTAH AUS DER ASSERVATENKAMMER UND DROHMAILAFFÄRE NSU 2.0

**INNENMINISTER BEUTH SCHEINT FÜR SEINEN JOB NICHT GEEIGNET**

Im Zuständigkeitsbereich ist in den vergangenen Wochen und Monaten eine Vielzahl von Problemen aufgetreten. „Die Serie der Merkwürdigkeiten, aber vor allem der Skandale im Zuständigkeitsbereich von Innenminister Beuth nimmt kein Ende. Dazu gehören die noch immer ungeklärten Begleitumstände des rassistischen Anschlags von Hanau, die neuen NSU-2.0-Drohscheiben, und dazu gehört der unterirdische Umgang mit Seda Başay-Yıldız – zu der im Übrigen noch immer kein Kontakt aufgenommen wurde. Seit Kurzem kann diese traurige Liste noch weiter verlängert werden: mit Polizeibeamten, die wegsehen, wenn ein bewegungsunfähiger Flüchtling mit der Faust geschlagen wird, mit mehr als hundert Waffen, die samt Munition aus der Asservatenkammer der Frankfurter Polizei verschwunden sind, mit Twitter-Pöbeleien des Polizeivizepräsidenten des Polizeipräsidiums Mittelhessen und mit der völlig aus dem Ruder gelaufenen Querdenker-Demonstration in Kassel, die offensichtlich völlig falsch eingeschätzt wurde und für

die der Innenminister die politische Verantwortung trägt“, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Es sei absolut inakzeptabel, mit welcher Überheblichkeit Innenminister Beuth diese Situationen rechtfertige. „Er trägt die politische Verantwortung für den Einsatz bei der Querdenker-Demo in Kassel, wie auch für die anderen Skandale und Vorfälle in seinem Zuständigkeitsbereich. All das festigt unseren Eindruck, dass der Minister für seinen Job nicht geeignet ist“, so Rudolph. ■



QUELLE: PETER JÜLICH

Die Serie an Merkwürdigkeiten und Versäumnissen im Bereich von Innenminister Beuth nimmt kein Ende“, so Günter Rudolph.

# SPD FORDERT CORONAAUFHOLPROGRAMM FÜR HESSISCHE SCHÜLER

**LERNRÜCKSTÄNDE UND SOZIALE ISOLATION MACHEN VERBINDLICHES UND MINDESTENS EINJÄHRIGES FÖRDERPROGRAMM NOTWENDIG**

Wenig wurde in den vergangenen Wochen und Monaten so viel diskutiert wie die pandemiebedingten Lernrückstände von Schülerinnen und Schülern und deren soziale Isolation. „243.000 Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 waren seit Mitte Dezember nicht mehr in der Schule und werden bis Ende Mai auch kein Klassenzimmer mehr

von innen sehen. Dafür ist allein die Landesregierung verantwortlich ebenso wie für das permanente Chaos an den Schulen. Mit ihrem Hin und Her trägt Schwarzgrün die Verantwortung für den massiven Anstieg von Chancenungleichheit und ein verlorenes Schuljahr“, wies Christoph Degen in der Plenarwoche im April auf die dramatische Situation hin. Die SPD-Fraktion habe

frühzeitig davor gewarnt, Probleme nicht schön zu reden. „Seit Monaten fordern wir, allen Schülerinnen und Schüler mit dem Wechselmodell mindestens einen Präsenztage pro Woche zu ermöglichen, damit sie Unterstützung erhalten und der Kontakt zu ihren Klassenkameraden und Lehrern nicht abreißt. Das Coronavirus hat psychische Spuren bei so vielen hinterlassen, die man mit ein paar Lerncamps sicher nicht wegwischen kann“, so Degen. Es müsse deshalb konkret ermittelt werden, wie viel Schulstoff im letzten Schuljahr und vor allem in den letzten zwölf Wochen im Distanzunterricht versäumt wurde. Dementsprechend brauche es dann ein verbindliches und mindestens einjähriges Förderprogramm, um die psychische Gesundheit und das soziale Miteinander der Schülerinnen und Schüler zu fördern und den Lernrückstand aufzuholen. „Die zwei Milliarden Euro, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellen will, um coronabedingte Lernrückstände zu kompensieren und die sozialen und psychischen Krisenfolgen abzufedern, sind ein Hoffnungsschimmer. Gerade Hessen braucht wieder einmal den Anstoß durch das Coronaaufholpaket von Franziska Giffey und die Bundesmittel, um tätig zu werden“, sagt Degen. ■



QUELLE: UNSPLASH

# SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE

**BESCHÄFTIGTE MÜSSEN VOR KRISENBEDINGTEM ARBEITSPLATZVERLUST UND VERSCHLECHTERUNG DER ARBEITS- UND LOHNBEDINGUNGEN GESCHÜTZT WERDEN**

In der Corona-Krise stehen der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft seit über einem Jahr vor einer großen Bewährungsprobe. Die SPD-Fraktion hat deshalb einen Antrag in den Hessischen Landtag eingebracht, der Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen aufzeigt. Neben dem Schutz der Gesundheit müsse die Frage, wie wir Millionen von Beschäftigten vor krisenbedingtem Arbeitsplatzverlust und vor einer Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen schützen können, im Mittelpunkt stehen.

„Diese Krise lässt sich nur gemeinsam und solidarisch überwinden. Viele Menschen sehen in eine ungewisse Zukunft oder haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren. Deshalb müssen gerade jetzt Solidarität, Respekt und Wertschätzung in der Arbeitswelt eine herausragende Rolle spielen“, mahnt der arbeitsmarktpolitische Sprecher. In vielen großen Konzernen sei es krisenbedingt zu sozialverträglichem und altersstrukturellem Ausscheiden von Mitarbeitern gekommen. Betriebe wie Conti seien jedoch leuchtende Negativbeispiele für mangelnde Solidarität und das Ausnutzen der Krise für von langer Hand geplante Standort-schließungen. Decker fordert die Landesregierung auf, sich bei der Unterstützung existenzgefährdeter Branchen, Betriebe und Soloselbstständiger und der damit gefährdeten Arbeitsplätze mit eigenen Mitteln

stärker einzubringen. „Dazu zählt aus unserer Sicht eine Stärkung und Ausweitung der Tarifbindung, eine weitere Einschränkung bei sachgrundlosen Befristungen, ein Mindestlohn von zwölf Euro und ein wirksamer Arbeitsschutz. Noch wichtiger ist aber, dass es keine verlorene Generation Corona gibt, die keine Ausbildungsplätze mehr findet“, macht Decker deutlich. Es sei die Aufgabe der Politik und damit der schwarzgrünen Landesregierung, in alle Branchen beste Rahmenbedingungen für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen. Deshalb fordern wir von der Landesregierung, jetzt endlich mit hoher Priorität tätig zu werden und die betroffenen hessischen Unternehmen und ihre Beschäftigten in diesen schwierigen Prozessen zu unterstützen und vor allem zu fördern“, erklärt Decker. Hierzu gehöre vor allem aber auch der Transformations- und Digitalisierungsprozess, mit dem sich die Landesregierung endlich beschäftigen müsse, um die Arbeit zukunftsfest zu gestalten. ■



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION



Tobias Eckert, MdB

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

## FREIWILLIGE FEUERWEHREN BRAUCHEN WIEDER AUSBILDUNGSMÖGLICHKEITEN

Durch die Vorgabe einer Inzidenz von unter 35 Neuinfektionen gibt es ein faktisches Verbot aller Lehrgänge auf Kommunal- und Kreisebene für die freiwilligen Feuerwehren in Hessen. Diesen Zustand habe Innenminister Beuth zu verantworten, so die Kritik der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag.

„Die Aktiven in den Feuerwehren brauchen unsere Unterstützung und Solidarität“, erklärt Tobias Eckert. Der Maschinenlehrgang, die Ausbildung für Funker und viele andere Lehrgänge könnten nicht einfach auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden. „Wir brauchen Pläne und Ziele, wie wir trotz Pandemie Ausbildungsmöglichkeiten sicherstellen können, um das Niveau unserer Wehren aufrechtzuerhalten und den Nachwuchs zu schulen, denn nur in den großen Städten gibt es Berufsfeuerwehren in Hessen“, so Eckert. Die freiwilligen Feuerwehrmitglieder müssten sich schnellstmöglich wieder ausbilden, weiterqualifizieren oder Spezialkenntnisse aneignen können. Dies sei eine Frage der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen und des Respekts vor dem wichtigen Ehrenamt der Einsatzkräfte. ■

# RECHTSEXTREMISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT WACHSEN SICH NICHT AUS

**UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS 20/1 DES HESSISCHEN LANDTAGS HAT ARBEIT AUFGENOMMEN**

Zwei Sitzungen hat der Untersuchungsausschuss 20/1, der zum Mord an Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke ermittelt, bereits hinter sich. In der ersten Sitzung hatte der Journalist Joachim Tornau als Sachverständiger die Entwicklung der rechtsextremen Szene in Kassel während der vergangenen zwanzig Jahre nachgezeichnet. Er machte dabei deutlich, dass Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sich weder mit zunehmendem Lebensalter der Szenemitglieder „auswachsen“ noch anderweitig von selbst verschwänden. Neben der Kontinuität innerhalb der extrem rechten Szene gebe es auch eine direkte Kontinuität im politischen Versagen der zuständigen CDU-Innenminister seit 1999, so der SPD-Obmann Günter Rudolph dazu. „Schon Volker Bouffier wollte als Innenminister keine organisierten Rechtsextremisten wahrnehmen, zum Beispiel im Schwalm-Eder-Kreis. Diese fatale Politik des Wegsehens und Negierens haben seine Nachfolger im Amt, Boris Rhein und Peter Beuth, in der typischen Manier der hessischen CDU weitergeführt“, sagt Rudolph. In Nordhessen gäre seit rund 20 Jahren ein rechter Sumpf, der bis heute nicht trockengelegt worden sei. Die Morde an Halit Yozgat und Dr. Walter Lübcke seien beklemmende Fatale dieser rechtsradikalen Szene gewesen.

„Der Mann, der als Mörder von Dr. Walter Lübcke überführt und verurteilt wurde, und seine Helfer waren über viele Jahre in der rechtsextremen Szene von Kassel und Umgebung aktiv. Sie haben politisch motivierte Straftaten begangen, bis hin zu dem versuchten Mord an Ahmed I., einem Nebenkläger im Lübcke-Prozess. Es brauchte eine große Bereitschaft zum Wegsehen, um die Mär vom ‚abgekühlten‘ Gewalttäter zu glauben“, so Günter Rudolph.

In der zweiten Sitzung des Lübcke-Untersuchungsausschusses Ende April wurden weitere Sachverständige angehört, die Aufschluss über Löschfristen bei (Rechts-)Extremisten geben sollten. „Der Umgang mit Lösch- und Sperrfristen bei Rechtsextremen ist ein höchst sensibles Thema



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION

und muss so auch behandelt werden. Entscheidend ist, dass Akten des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) nicht einfach automatisiert gesperrt oder gar gelöscht werden. Dieser Vorgang muss an klare und nachvollziehbare Regeln gekoppelt werden“, erläutert dazu Günter Rudolph. Es sei deshalb absolut unverständlich, dass die Akten von Stephan E. nach der Frist von fünf Jahren einfach gesperrt worden seien, obwohl er eine über zwanzigjährige rechts-extreme und gewalttätige Vita aufgewiesen habe. „Damit verbunden konnten wichtige, wenn nicht sogar lebensrettende Daten des Mörders von Dr. Walter Lübcke über Jahre hinweg nicht abgerufen werden. Dieser Umstand bleibt für uns nach wie vor eines der größten Fragezeichen des Untersuchungsausschusses“, so Rudolph. Er kritisiert die sogenannte „Abkühlung“ von Stephan E. als Ausdruck einer behördlichen Routine: Dabei waren und sind die Instrumente da – aber sie müssen eben auch gewissenhaft angewendet werden. Gleiches gelte für die sachgerechte Weitergabe von Informationen durch das LfV. „Markus H. konnte seine Waffenbesitzkarte scheinbar ganz leicht mit einem Gang zum Verwaltungsgericht erstreiten. Hätte das LfV seine Informationen allerdings weitergegeben, wäre es dazu wahrscheinlich nicht gekommen“, kritisiert Rudolph. ■

# HEBAMMEN BESSER UNTERSTÜTZEN

**SCHWARZGRÜNE LANDESREGIERUNG MUSS KONKRETE SCHRITTE ZUR VERBESSERUNG DER SITUATION VON HEBAMMEN DRINGEND EINLEITEN**

Die Strukturen der Geburtshilfe und die Arbeitsbedingungen der Hebammen müssen deutlich verbessert werden, um auch in Zukunft eine leistungsfähige Vor- und Nachsorge aufrechtzuerhalten und um einen guten Start ins Leben für alle Neugeborenen zu gewährleisten“, so der Appell der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, anlässlich des Welthebammentages am 5. Mai. Dr. Sommer kritisiert, dass die schwarzgrüne Landesregierung Verbesserungen für die Hebammen des Ministers fort. So hat er beispielsweise nichts getan, um die Geburtshilfe in Volksmarsen zu retten – obwohl nicht nur die SPD-Landtagsfraktion mehrfach darauf gedrängt hat. Wenn es – wie beispielsweise beim Hebammengeld – dabei bleibt, dass die Landesregierung vieles ankündigt und nichts tut, dann setzt sie damit noch mehr Einrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten aufs Spiel“,



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION/UNSPLOASH

men bisher nur angekündigt, aber keine konkreten Schritte eingeleitet habe. „Der Sozialminister muss dringend aus dem Ankündigungs- in den Arbeitsmodus kommen, um zu verhindern, dass die Geburtshilfe in Hessen weiter geschwächt wird. Der Verlust an Geburtshilfeabteilungen und an Hebammen, die in der klinischen Geburtshilfe tätig sind, setzt sich durch die Untätigkeit

kritisiert Sommer. In Hessen sei außerdem der Bedarf an Hebammen bisher nicht verlässlich ermittelt und der Betreuungsschlüssel nicht veröffentlicht worden. Sommer fordert, Hebammen in der klinischen Geburtshilfe von fachfremden Tätigkeiten zu entlasten und sie stärker in die Organisation und Leitung der geburtshilflichen Abteilungen einzubinden. Essenziell sei es zudem, die Gebührenordnung gerade für Beleghebammen zu verbessern. „Wenn der Sozialminister sein Versprechen, eine gute Vor- und Nachsorge in der Geburtshilfe sicherzustellen, ernst meinen würde, dann hätte er die erforderlichen politischen Entscheidungen dazu längst auf den Weg gebracht. Stattdessen dokumentiert er mit seinem Nichtstun sein Desinteresse an einer guten Geburtshilfe in Hessen – und daran, dass alle Kinder in unserem Land die Chance auf einen gesunden Start in ihr Leben haben“, so die SPD-Abgeordnete. ■



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Heinz Lotz, MdB

## DER WOLF IN HESSEN

Was lange währt, wird nicht immer gut – das gilt zumindest für den von Umweltministerin Hinz lang angekündigten Wolfsmanagementplan für Hessen. „Die Geheimniskrämerie seitens der Umweltministerin hat zwar endlich ein Ende, jedoch haben wir nach mehr als einem Jahr Arbeit in Hinterzimmern mehr erwartet. Die Aussage der Ministerin, dass der Wolf lernen müsse, dass Weidetiere keine leichte Beute seien, grenzt schon an Verhöhnung der hessischen Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter“, so der forst- und jagdpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Heinz Lotz. Überrascht zeigte sich Lotz teilweise von den Aussagen des Leiters des neu gegründeten Wolfszentrums Hessen, der von sogenannten Problemwölfen nichts wissen wollte. „Dabei wissen wir nicht erst seit gestern, dass eine Wölfin im nordhessischen Stölzinger Gebirge, die Nutztiere reißt und Elektrozäune überwindet, sehr wohl ein Problem für die dortigen Weidetierhalter darstellt“, erklärt dazu Lotz. Es sei in seinen Augen unverständlich, wieso die Förderrichtlinie zur Entschädigung von Rissen durch Wölfe immer noch nicht fertig sei. ■

# GIRLS' DAY 2021

**SPD-FRAKTION MACHT DIGITALEN TAG ZUR BERUFSORIENTIERUNG**

Zum Girls' Day am 22. April haben die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion in Videokonferenzen Einblicke in ihre Arbeit gegeben. „Berufsorientierung in Pandemiezeiten ist gar nicht so einfach. Ich freue mich deshalb, dass wir interessierten Mädchen die Arbeit im Hessischen Landtag auf diese Weise näherbringen konnten“, berichtet die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser, die gemeinsam mit der frauenpolitischen Sprecherin Nadine Gersberg 14 Mädchen durch den Tag begleitet hat. Betreut von jeweils zwei bis drei Abgeordneten haben die Teilnehmerinnen Einblicke in das Arbeitsfeld Politik bekommen und den Landtag bei einer virtuellen Führung erkundet. Dabei ging es auch um die Frage, wie sich Mädchen selbst politisch engagieren können, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Probleme nicht gehört werden. Im Sommer ist zudem ein persönliches Treffen im Landtag mit einer eigenen Plenardebatte geplant, sofern es die Pandemielaage zulässt. ■



QUELLE: SPD-LANDTAGSFRAKTION

*Girls' Day 2021*

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Christoph Gehring (verantwortlich)  
Dr. Wilfried Lamparter  
Isabel Kunkel  
Martina Häußl-David

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden